

EU-KOMMISSION

Der ungeliebte Präsident

Korbinian Frenzel

José Manuel Barroso will eine zweite Amtszeit an der Spitze der Europäischen Kommission - ein Wunsch, der aus Mangel an Alternativen in Erfüllung gehen könnte. Doch noch sperrt sich eine Mehrheit im Europäischen Parlament zumindest gegen eine schnelle Wiederwahl des Portugiesen. Und auch in den eigenen Reihen werden die Zweifel am umstrittenen konservativen Kommissionspräsidenten lauter. Kommt am Ende doch noch ein Gekandidat aus der Reserve?

Die Lage müsste José Manuel Barroso eigentlich glücklich stimmen: Beim EU-Gipfel im Juni haben ihn die Staats- und Regierungschefs einstimmig erneut zu ihrem Wunschkandidaten für eine zweite Amtszeit als EU-Kommissionspräsident ernannt. Nur wenige Tage vorher war die Europäische Volkspartei (EVP), die Partei des konservativen Portugiesen, als stärkste Fraktion aus den Europawahlen hervorgegangen, während die gegnerischen Sozialdemokraten eine herbe Niederlage einstecken mussten. Kurzum: Der Juni hätte für Barroso kaum besser beginnen können. Die Regierungen hinter sich, das rechte Lager gestärkt - Alternativen zu seiner Person, die bereits vorher kaum präsent waren, hätten damit eigentlich aus dem Blickfeld verschwunden sein müssen.

Was somit ein zügiger Start in eine zweite Runde an der Spitze der EU hätte sein können, entpuppt sich nun allerdings zusehends als politische Zitterpartie. Barroso, so zeichnet es sich derzeit ab, wird wohl, trotz allen scheinbaren Zuspruchs, erst im Herbst endgültig durch das Europäische Parlament als EU-Kommissionspräsident bestätigt werden - und damit Monate später als üblich. Eigentlich findet die Abstimmung über die Führung der europäischen Behörde in der ersten Sitzung des frisch gewählten Parlaments statt. So war es 2004, als die Volksvertreter kurz nach der Konstituierung des Parlaments bereits im Juli den damaligen portugiesischen Ministerpräsidenten Barroso zum Chef der Kommission machten. Und so sollte es auch diesmal wieder sein. Die Wahl war eigentlich für die erste Sitzungswoche terminiert, die am Montag in Straßburg beginnt.

Doch jetzt stellen sich nach den Grünen und Linksozialisten auch Sozialdemokraten und Liberale quer. Während erstere Barroso ganz verhindern wollen, haben die Fraktionen der Sozialdemokratischen Partei (SPE) und der Liberalen (ALDE) ihre zunächst zurückhaltend vorgetragenen Zweifel am Zeitplan zur Inauguration Barrosos nun bekräftigt. Ohne die Zustimmung von mindestens einer der beiden Fraktionen wird Barroso nicht die notwendige absolute Mehrheit erreichen, mit der das Europäische

Parlament den Personalvorschlag der Staats- und Regierungschefs bestätigen muss.

Eine Wahl schon im Juli sei ein No-Go, hieß es einmütig in der Fraktionsitzung der SPE. Selbst die Delegationen aus Spanien und Großbritannien - Länder, deren sozialdemokratische Regierungschefs sich schon früh auf ein zweites Mandat von Barroso festgelegt hatten - sprachen sich dafür aus, den Portugiesen und mit ihm die EVP im Parlament schmoren zu lassen. „Wenn wir Barroso schon nicht verhindern können, müssen wir wenigstens den politischen Preis für seine Wiederwahl hochtreiben“, hieß es in der vergangenen Woche während der Sitzung.

Wenn Barroso schon nicht verhindern werden kann, soll wenigstens der politische Preis für seine Wiederwahl hochgetrieben werden.

Barroso müsse ein Programm mit einem klaren sozialen Profil vorlegen, forderte der wiedergewählte Fraktionschef Martin Schulz. Das Verlangen nach einer inhaltlichen Wende manifestiert sich aber vor allem in Forderungen nach Macht und Posten in Brüssel. Mindestens sechs Ressorts in

der künftigen Kommission, darunter einige mit herausragendem Gewicht in der europäischen Politik, will die SPE mit Sozialdemokraten besetzt sehen. So sollen nach dem Wunsch von Schulz die Ressorts Binnenmarkt, Industrie, Umwelt, Handel und Soziales an die Genossen gehen. Ohne entsprechende Zusagen und eindeutige inhaltliche Festlegungen werde seine Fraktion keinen Kandidaten für das Amt des Kommissionspräsidenten wählen, erklärte Martin Schulz.

Das Spiel, das sich dieser Tage im schwül-heißen Brüssel abspielt, nimmt durch diesen Widerstand immer verwickeltere Züge an. Kann Barroso Zusagen dieser Art überhaupt machen, ohne die nationalen Regierungen zu brüskieren? Wohl kaum. Denn anders als ein nationaler Regierungschef ist der Kommissionspräsident nicht sein eigener Herr, wenn es um die Besetzung seines Kabinetts geht. Das Kollegium setzt sich neben ihm aus 26 Kommissaren zusammen, die letztendlich von den nationalen Regierungen ohne Einfluss Brüssels ausgewählt und in die EU-Kommission entsandt werden. Schon 2004 bekam Barroso die Tücken dieses Verfahrens zu spüren. Die Liste, die er damals dem Europäischen Parlament präsentierte, missfiel den Parlamentariern, vor allem wegen des homophoben italienischen Kandidaten für das Innen- und Justizressort, Rocco Buttiglione. Austauschen konnte Bar-



FOTO: SIP / JOCK FISTICK

Gute Miene zum bösen Spiel. Eine frühe Ernennung Barrosos zum nächsten Kommissionspräsidenten hätte Juncker erlaubt eine Personalfrage möglichst „schnell“ zu regeln: Die Bestätigung Viviane Redings als EU-Kommissarin. Sollte Barroso scheitern, geht unter Umständen auch die CSV-Kandidatin leer aus - mit allen Konsequenzen für das CSV-interne Personalkarrussell.

roso den umstrittenen Politiker nicht - erst die Rückziehung / Abberufung des Kandidaten durch die italienische Regierung machte den Weg für einen neuen Anlauf frei.

Dass Guy Verhofstadt den Traum, an der Spitze der EU-Kommission zu stehen, noch nicht ganz aufgegeben hat, halten nicht wenige im Europa-Parlament für möglich.

Zwar steht es Barroso nach den Verträgen frei, welche Ressorts er an die vornominierten Kandidaten vergibt. In der Praxis spielen hier aber vor allem die großen Mitgliedsstaaten kräftig hinter den Kulissen mit. Deutschland und Frankreich haben bereits ihren Anspruch auf gewichtige industriepolitische Ressorts angemeldet - und Angela Merkel hat zudem deutlich gemacht, dass sie trotz großer Koalition in Berlin einen Christdemokraten auf dem Posten haben will. Mit Michel Barnier will auch Nicolas Sarkozy einen konservativen Politiker in die EU-Kommission entsenden. Für die Forderung der Sozialdemokraten, die zentralen Posten der nächsten EU-Kommission mit eigenen Leuten besetzt zu sehen, stehen die Chancen daher schlecht.

Neben den inhaltlichen Bedenken gegen Barroso geht es aber auch um die Frage, auf welcher Vertragsgrundlage über die neue Europäische Kommission entschieden werden soll. Noch gilt der Vertrag von Nizza, der Konsultationen der Regierungen mit dem Europäischen Parlament über die Besetzung des Präsidenten-Posten nicht vorsieht. Nach dem Vertrag müsste allerdings auch die Anzahl der Kommissare verringert werden, was zur Folge hätte, dass künftig nicht jeder Mitgliedsstaat einen eigenen Kommissar nach Brüssel schicken kann. Gerade diese Bestimmung wurde nach dem irischen Nein zum Lissabon-Vertrag rückgängig gemacht. Barrosos Plan, seine eigene Wahl nach dem gegenwärtigen Recht von Nizza vornehmen zu lassen, mit der Besetzung der restlichen Kommission aber bis zum Jahresende und dem dann geltenden neuen EU-Regelwerk zu warten, stößt im Parlament insgesamt auf Widerstand.

Auch im Kreise der Konservativen beginnt es zu rumoren angesichts der Bemühungen des Kommissionspräsidenten, in der politischen Mitte und bei der Linken Unterstützung für sich zu mobilisieren. Zwar hält die EVP-Fraktion offiziell noch an dem Ziel fest, ihren Kandidaten schon in der kommenden Woche durch das Parlament bestätigen zu lassen. Doch deren Fraktionschef Joseph Daul, so heißt es, hat nicht vor, den „Ball

hart zu spielen.“ Der Rückhalt für den eigenen Mann ist schwächer, als nach außen hin sichtbar wird - gerade auch unter den französischen Abgeordneten. Und auch in der EVP-Fraktion wird beklagt, dass Barroso zunehmend zur „lame duck“ werde - aufgegeben zwischen einem Rat der Regierungen, der es nur zu gerne mit einem schwachen Kommissionspräsidenten zu tun hätte, und einem widerspenstigen Parlament, das Barroso einen klaren politischen Kurs versagt.

Während die Sozialdemokraten aus dieser Lage noch möglichst viel Gewinn herauschlagen wollen, bevor sie schließlich im September oder Oktober dem Personalvorschlag Barroso zustimmen werden, gehen die Liberalen mittlerweile grundsätzlicher auf Distanz. Ähnlich wie bei den Grünen wachsen auch hier die Zweifel, ob sich Europa angesichts globaler Krisen weitere fünf Jahren einen schwachen Präsidenten an der Spitze der EU leisten könne. Großen Anteil an dieser Entwicklung dürfte der neue Fraktionschef der ALDE haben, Belgiens früherer Premier Guy Verhofstadt. Er selbst war 2004 nach der Absage Claude Junckers der Wunschkandidat fast aller europäischen Regierungen für das Amt des EU-Kommissionspräsidenten, bis ihm ein No aus London einen Strich durch die Rechnung machte.

Der damalige britische Premier Tony Blair hatte Verhofstadt seine ak-

tive Ablehnung des Irak-Kriegs nicht verziehen. Stattdessen musste 2004 nach langer Suche Barroso ran - als „drittes Ersatzrad“, wie der Grüne Daniel Cohn-Bendit damals spottete. Der große Wahlsieger in Frankreich hat jetzt noch einmal seine Ablehnung bekräftigt. „Ich glaube, Europa verdient was Besseres als Barroso“, sagt Cohn-Bendit und verweist auch auf Mitte-Rechts-Politiker, die den Job besser könnten.

Dass Guy Verhofstadt den Traum, an der Spitze der EU-Kommission zu stehen, noch nicht ganz aufgegeben hat, halten nicht wenige im Europa-Parlament für möglich. Und dass sein Name bisher nicht gefallen ist, um ihn nicht vorab zu beschädigen, könnte ein Indiz dafür sein, dass eventuell auch im Kreis der Regierungschefs noch ernsthaft nach einer Alternative zu Barroso gesucht wird. Ein Schlupfloch hatten sie sich schon bei ihrem Gipfel im Juni offen gelassen. Zwar war Barroso zu ihrem Wunschkandidaten erklärt, die offiziell notwendige Nominierung angesichts der Widerstände aus dem Parlament aber verjagt worden.